

Blickpunkt Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

die Bereinigungsvorlage der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2026 umfasst 100 Deckblätter. Über 750 Anträge aus allen Fraktionen – fast 300 davon aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – wurden abgestimmt. Mit dem Bundeshaushalt 2026 wollen wir die Wirtschaft in Deutschland zurück in die Wachstumsspur bringen.

Von der Hightech-Agenda Deutschland wird auch unsere Region profitieren: Der Autozulieferer Brose steigt in den Ausbau von Zukunftsarbeitsplätzen und Kompetenzen in der Raumfahrttechnologie ein. Würzburg und Berlin haben am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen Farbe bekannt: Priorität muss der Schutz von Frauen haben.

Zum ersten Advent profitieren Weihnachtsmärkte vom reduzierten GEMA-Tarif für das öffentliche Abspielen von Musik: Wir entlasten Kommunen und Ehrenamtliche, die nicht-kommerzielle Weihnachtsmärkte ermöglichen.

Einen besinnlichen Ersten Advent im Kreis Ihrer Lieben wünscht Ihnen und Euch



Dr. Hülya Düber

Bundeshaushalt 2026: Sicherheit stärken, Wachstum ermöglichen

Der Bundestag hat in dieser Woche den Bundesetat für das Jahr 2026 verabschiedet. Insgesamt umfasst der Haushalt 525 Milliarden Euro, die Neuverschuldung liegt bei rund 182 Milliarden Euro. Gut angelegtes Geld, denn es fließt zu einem Großteil in die innere und äußere Sicherheit. Ein großer Teil der Mittel fließt in die Stärkung unserer inneren und äußeren Sicherheit sowie in die Modernisierung unseres Landes, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Der Haushalt ist das zentrale Steuerungsinstrument der Politik – nicht umsonst gilt er als Königsrecht des Parlaments. Die Abgeordneten prüfen den Regierungsentwurf im Detail, setzen eigene Schwerpunkte und sorgen dafür, dass politische Prioritäten auch finanziell hinterlegt sind. So wird deutlich: Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik.

Die entscheidenden Weichen werden in der sogenannten Bereinigungssitzung gestellt. Bei den Verhandlungen für 2026 tagten die Haushälterinnen und Haushälter über 15 Stunden – bis 5.40 Uhr morgens. Über 750 Änderungsanträge wurden abgestimmt, davon 300 aus den Reihen der Koalition. Am Ende standen vier Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben sowie 2,2 Milliarden Euro mehr für Investitionen.

Die unionsgeführte Koalition legt einen klaren Schwerpunkt auf Sicherheit. Rund 16 Milliarden Euro fließen in den Schutz vor Cyberangriffen, Spionage und Organisierter Kriminalität – unter anderem in eine verbesserte Drohnenabwehr. Der Verteidigung-Etat steigt auf fast 83 Milliarden Euro. Zusammen mit dem Sondervermögen investiert Deutschland damit über 100 Milliarden Euro in Ausrüstung, Personal und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Dies stärkt unsere Verteidigungsfähigkeit und erfüllt unsere Verpflichtungen gegenüber der NATO. Gleichzeitig werden die Grundlagen für einen modernen Wehrdienst gelegt.

Die Wirtschaft in Deutschland kämpft seit Jahren mit schwachem Wachstum, hohen Energiepreisen und globalen Risiken. Der Haushalt 2026 setzt deshalb gezielt auf Entlastung und Modernisierung: Rekordinvestitionen von fast 170 Milliarden Euro gehen in Schienen, Straßen und Wasserwege: Brücken werden saniert, Tunnel modernisiert, Stellwerke erneuert. Alle baureifen Verkehrsprojekte werden umgesetzt.

Mit dem neuen Deutschlandfonds nimmt die Koalition zudem die Energieinfrastruktur und Rohstoffversorgung in den Blick. Durch staatliche Garantien sollen Investitionen der Wirtschaft angeschoben und langfristig 100 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Start frei für die Raumfahrt

Die Sitzungswoche begann mit einer guten Nachricht: Bundesforschungsministerin Dorothee Bär investiert in ihrem Ressort kräftig in die Zukunft der Raumfahrttechnologie. Mit der Hightech-Agenda Deutschland erhält die Branche einen starken Schub. Satelliten benötigen wir für Navigation, Kommunikation, Sicherheit und wissenschaftlichen Fortschritt. Diese Investitionen des Bundes sind ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Würzburg. Durch den Einstieg in die Raumfahrttechnologie entstehen hochwertige Arbeitsplätze, und bestehende Kompetenzen werden weiter ausgebaut. Auf dieses starke Engagement von Unternehmen, Betriebsrat, Forschungseinrichtungen und Politik können wir bauen. Die vereinbarten Partnerschaften sind ein zentraler Baustein zur Sicherung des Brose-Standorts Würzburg. Gleichzeitig muss die Wettbewerbsfähigkeit unserer Automobilindustrie gesichert werden – sie braucht Zukunft, um den Mittelstand zu stärken. Sie braucht Zukunft zur Stärkung des Mittelstands.

Beschlüsse des Koalitionsausschusses

In einer frühen Fraktionssitzung wurden heute Morgen die Beschlüsse des Koalitionsausschusses zum Rentenpaket auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung stärkt Rentenniveau, Mütterrente, betriebliche und private Vorsorge sowie Frühstarter- und „Aktivrente“. Eine neue Rentenkommission soll bis Mitte 2026 Reformvorschläge erarbeiten – etwa zu flexibleren Renteneintrittsregeln, nachhaltiger Finanzierung, Weiterentwicklung der Grundrente, Rentenanpassung und besserer Nutzung von Kapitalmarktchancen.

Die private Altersvorsorge soll über ein neues, kostengünstiges Standardprodukt und ein 10-Mrd.-Euro-Aktienpaket des Bundes gestärkt werden. Die Kommission besteht aus 13 Mitgliedern und soll im Dezember 2025 starten.

Ich bin überzeugt, dass sie eine solide Grundlage für eine generationengerechte Reform erarbeiten wird. Meine Haltung ist klar: Ich stimme zu, weil viele Rentnerinnen und Rentner auf eine starke gesetzliche Rente angewiesen sind.

Meine Rede zum Einzelplan 11: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

In meiner heutigen Plenarrede zum Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales habe ich betont: Dieser Etat ist weit mehr als eine Zahlenkolonne – er ist ein zentraler Baustein für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Damit unser Sozialstaat stark bleibt, braucht er eine solide wirtschaftliche Grundlage. Doch genau hier stehen wir aktuell vor großen Herausforderungen: Die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen sinkt, das Beschäftigungsbarometer des ifo-Instituts fällt erneut. Hinter diesen Entwicklungen stehen Menschen und Familien, die Verlässlichkeit brauchen. Ich habe deshalb klar gemacht: Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und wieder mehr Luft zum Atmen schaffen – für Betriebe, Beschäftigte und diejenigen, die Arbeit suchen. Dazu gehört eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur verwaltet, sondern handelt.

Ein wichtiger Schritt ist die Reform der Grundsicherung. Sie verbindet verlässliche Unterstützung mit klarer Eigenverantwortung. Zugleich bauen wir die neue *Work-and-Stay-Agentur* auf – ein Meilenstein für eine schnellere, moderne Fachkräfteeinwanderung und weniger Bürokratie für Arbeitgeber.

Für die langfristige Stabilität unseres Sozialstaats ist außerdem die Sozialstaatskommission entscheidend. Sie schafft die fachliche Grundlage für zielgerichtete und gerechte Reformen, damit unser System auch in Zukunft tragfähig bleibt. Unser Ziel bleibt ein Sozialstaat, der Halt gibt, Chancen eröffnet und Verantwortung ernst nimmt. Der vorgelegte Haushalt folgt genau diesem Anspruch.

Die vollständige Rede finden Sie unter diesem Link:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7645626>



CSU-Landesgruppe trifft Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)

Die CSU im Bundestag tauscht sich regelmäßig mit der Wirtschaft aus. Ich danke dem vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt sehr für seine klare Haltung zu einer verantwortungsbewussten Wertekultur des Verbands. Die Herausforderungen bei Bürokratieabbau, Planungs- und Investitionssicherheit bleiben groß. Das zeigte das Gespräch in dieser Woche deutlich.

Die Bundesregierung hat bereits wichtige Reformen zur Stärkung von Wirtschaft, Arbeit und Innovation angestoßen, darunter das seit Juli 2025 geltende Sofortprogramm für die Wirtschaft mit degressiven Abschreibungen, die geplante Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 sowie steuerliche Anreize für E-Mobilität und elektrische Dienstwagen. Ergänzend kommen Maßnahmen wie die Stärkung des Luftverkehrssektors, der Deutschlandfonds zur Mobilisierung privaten Kapitals, die Ausweitung der steuerlichen Forschungszulage und die vollständige Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung ab 2026 hinzu.

Auch Digitalisierung und Bürokratieabbau werden vorangetrieben: Reformen im Vergaberecht, beschleunigter Glasfaser- und Mobilfunkausbau, Wohnungsbau-Turbo sowie die Work & Stay-Agentur zur einfacheren Fachkräfteanwerbung sind wichtige Schritte. Kritische Punkte bleiben jedoch – etwa das Tariftreuegesetz oder steuerfreie Überstundenzuschläge, die zusätzlichen bürokratischen Aufwand bedeuten könnten. Zur Entlastung bei Energiekosten gibt es einen 6,5-Milliarden-Euro-Zuschuss zur Senkung der Übertragungsnetzkosten 2026 sowie einen Industriestrompreis von fünf Cent je Kilowattstunde für 2026 bis 2028. Parallel laufen Verhandlungen auf EU-Ebene zum Aus des Verbrennerverbots.

Internationaler Tag der Gewalt gegen Frauen

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zeigte Deutschland Flagge. Diese klare Haltung und Solidarität für Respekt, Gleichberechtigung und ein freies sicheres Leben des weiblichen Geschlechts ist auch 26 Jahre nach der Ausrufung des „Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen“ durch die UN-Generalversammlung unwiederbringlich nötig. Angriffe auf Frauen sind Alltag in Deutschland. Häusliche Gewalt und Sexualstraftaten passieren überall: im normalerweise geschützten Raum in den eigenen vier Wänden, auf der Straße und im Netz. Die Zahlen der vom Bundesinnenministerium, Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend veröffentlichten Bundeslagebilder „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ und „Häusliche Gewalt“ für das Jahr 2024 sind deutlich, das Dunkelfeld ist groß: Alle vier Minuten erlebt eine Frau Gewalt durch ihren Mann oder Ex-Partner. 2024 starben in Deutschland 132 Frauen durch eine Gewalttat ihres Partners oder Ex-Partners. Die Zahl der weiblichen Opfer von häuslicher Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent auf 187.128 gestiegen.

Frauenfeindliche Straftaten ereignen sich auch im Bereich der politisch motivierten Kriminalität: Sexualstraftaten, Digitale Gewalt und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. 18.224 Frauen und Mädchen wurde Gewalt im Internet angetan. Auf Grundlage dieser Daten ist unser Rechtsstaat gefordert: Er muss Frauen stärker schützen. Der Gesetzentwurf zur Einführung der elektronischen Fußfessel ist auf dem Weg und wird den Familiengerichten ein wichtiges Instrument für mehr Sicherheit an die Hand geben. Ich kämpfe weiterhin dafür, dass Frauenhäuser und Projekte, die Hilfe anbieten, gehört und gefördert werden. Hier konnten wir im Bundeshaushalt 2026 Fortschritte erzielen: Bis 2029 werden insgesamt 150 Millionen Euro in die Sanierung von Frauenhäusern fließen. Mit der Einführung der elektronischen Fußfessel und mit dem Gewalthilfegesetz ergreifen wir weitere wichtige Maßnahmen. Frauen und Mädchen müssen gewaltfrei und sicher leben können. (Quelle: Bmi.bund.de)

Trumps 28 Punkte-Plan

Der 28 Punkte-Plan für ein Ende des Kriegs gegen die Ukraine war in dieser Sitzungswoche Thema im Parlament. Unser außenpolitischer Sprecher Alexander Radwan der CSU im Bundestag hat eine klare Position: Der 28-Punkte-Plan ist – soweit bislang bekannt – mehr als irritierend. Über die Köpfe der Ukrainer, aber auch der Europäer hinweg wird faktisch vorgeschlagen, Russland für seine Aggression zu belohnen. Die vorgeschlagenen Zusicherungen Russlands, zukünftig auf jeden weiteren Angriff in Europa zu verzichten, sind mit Vorsicht zu genießen. Putin hat schon mehrmals demonstriert, wie herzlich egal ihm vereinbarte Regeln sind. Für einen gerechten und nachhaltigen Frieden auf dem europäischen Kontinent müssen Kiew und die europäischen Partner einbezogen werden. Der Vorgang zeigt erneut, dass Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik souveräner und handlungsfähiger werden muss.

Sportmilliarde für den Breitensport

Die Sportmilliarde für den Breitensport wird fortgesetzt und 2026 mit 333 Millionen Euro ausgestattet. Die erste Tranche für 2025 startet zeitnah. Zusätzlich gibt es ein 250-Millionen-Euro-Programm zur Sanierung von Schwimmbädern. Für den Spitzensport stehen weitere 150 Millionen zur Verfügung. Die Federführung für das Sondervermögen liegt beim Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und Heimat.

Neues aus der Arbeitsgruppe Arbeit & Soziales

Trotz vieler komplexer Themen zeigt sich: 2026 wird ein Jahr wichtiger Weichenstellungen mit entscheidenden Reformen, neuen Impulsen und wichtigen Modernisierungen.

Arbeitszeitgesetz: Das modernisierte Gesetz soll in der ersten Jahreshälfte 2026 kommen.

Detailfragen werden noch beraten, doch der politische Wille ist klar: mehr Flexibilität, moderne Regeln, bessere Vereinbarkeit.

Sozialstaatsreform: Im Januar 2026 wird ein umfassender Bericht erwartet. Die Arbeitsgruppe startet am 13.01.2026 mit einer Klausur in die vertiefte Arbeit.

Moderner, freiwilliger Wehrdienst

Der neue Wehrdienst sorgt für Diskussionen – unter Jugendlichen, in Familien und an Schulen. Bei aller Skepsis erleben wir aber auch viel Verständnis und Zustimmung. Ziel ist es, junge Menschen für verantwortungsvolle Aufgaben zu gewinnen. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr wird weiterhin diskutiert.

Bauförderung kommt zurück

Der Wohnungsbau muss wieder in Fahrt kommen: Nach fast vier Jahren Pause bringt die Bundesregierung den beliebten EH55-Förderstandard zurück. Ab Mitte Dezember profitieren Bauherren von zinsvergünstigten KfW-Krediten. Rund 800 Millionen Euro stehen bereit, um genehmigte, aber noch nicht gestartete Projekte umzusetzen.

Der Effizienzhaus-Standard 55 (EH 55) beschreibt Gebäude, die nur 55 Prozent der Energie eines Neubaus nach Mindeststandard benötigen, etwa durch gute Dämmung, moderne Fenster, Lüftungssysteme und erneuerbare Energien. Die Förderung wird in das KfW-Programm „Klimafreundlicher Neubau“ integriert.

Besuch aus Veitshöchheim



Heute habe ich Vertreterinnen und Vertreter des Gymnasiums Veitshöchheim zur Preisverleihung der Stiftung Bildung in Berlin getroffen. Auch auf diesem Wege noch einmal herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung! Ich freue mich sehr, dass ich die Schule vor einigen Wochen beim Visa-Prozess für ihren Schüler-austausch mit Tansania unterstützen konnte und wünsche dem Projekt weiterhin viel Erfolg und gute Begegnungen.

Praktikantin aus dem Wahlkreis

Die Schülerin Theresa Burkert aus Randersacker hat mich während dieser Sitzungswoche als Schülerpraktikantin begleitet. Während ihres Praktikums erhielt Theresa spannende Einblicke in den parlamentarischen Alltag: Von der Vorbereitung politischer Termine, über die Unterstützung meines Teams im Büro und die Teilnahme an Ausschusssitzungen bis hin zur Begleitung meiner Termine. Danke für Dein Interesse, liebe Theresa! Ich wünsche Dir für Deinen weiteren Weg viel Erfolg!



Im Kuratorium des Müttergenesungswerks

Während einer Feierstunde im Schloss Bellevue wurde ich in das Kuratorium der Elly Heuss-Knapp-Stiftung des Müttergenesungswerks berufen. Ich nehme diese ehrenamtliche Aufgabe sehr gern an und wahr.

Seit 75 Jahren unterstützt das Müttergenesungswerk überlastete Mütter, Väter und pflegende Angehörige und leistet eine wichtige Arbeit für Familien. Deshalb muss das Müttergenesungswerk stark bleiben durch eine auskömmliche Finanzierung. Von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wünsche ich mir mehr Einsatz.

Wir reden viel darüber, ob und wie viel länger wir arbeiten müssen. Über unbezahlte Sorge- und Erziehungsarbeit für Kinder und pflegebedürftige Angehörige sprechen wir in unserer Gesellschaft aus meiner Sicht immer noch immer viel zu wenig. Wir brauchen eine breitere Anerkennung und Akzeptanz und gute Rahmenbedingungen.



Müttergenesungswerk_PaulaGVidal

Entlastung für Weihnachtsmärkte

Der Duft von gebrannten Mandeln und Lebkuchen, Musik und Kinderlachen: Heute startet auch in Würzburg der Weihnachtsmarkt. Ich freue mich, dass der GEMA-Tarif für das öffentliche Abspielen von Musik um 35 Prozent gesenkt wird. Das schafft Planungssicherheit für diese Orte der Begegnung und des Miteinanders und hilft vor allem den kleineren Weihnachtsmärkten in den Städten und auf den Dörfern, die von Ehrenamtlichen organisiert werden. Diese Entlastung kommt Kommunen, Vereinen und freiwilligen Helferinnen und Helfern zugute.